


Basis der islamischen Parteien

aus: AW v. 28.8.1998, S. 9

Partei, wurde bislang den Modernisten der Muhammadiyah zugerechnet und war darüber hinaus in der parteipolitischen Szene unauffällig. Journalisten gegenüber begründete Shihab seinen Entschluß mit den Worten, daß »es für die [indonesische] umma nun an der Zeit ist, eine [politische] Infrastruktur aufzubauen.«

Die Vehemenz und Begeisterung, mit der der Islam heute in die Politik drängt, sieht das islamisch orientierte Blatt *Republika* als »eine Art Rache für die diskriminierende Politik sowohl der Kolonialzeit als auch der ›Neuen Ordnung‹.« (27.07.98). Die Majorität der indonesischen Bevölkerung erhalte nun den Platz, der ihr aus Sicht der Gerechtigkeit nicht vor-

enthalten werden kann. Interessant ist, daß in diesem Zusammenhang mitunter auf die politischen Gegebenheiten in Deutschland verwiesen wird. In Deutschland, so die Argumentation, bestimmen schließlich auch nicht die islamischen Minoritäten, sondern die christlichen bzw. säkularen Parteien der Bevölkerungsmehrheit das politische Geschehen. Nichtsdestotrotz erlaube es die deutsche Demokratie den Muslimen, sich in den Parteien des dominierenden Anteils zu engagieren. Sie nehmen somit bei gleichberechtigter Stellung politisch eine Rolle ein, die ihrer zahlenmäßigen Stärke entspricht.

Eine deutliche Parallele erschließt sich im oben erwähnten »offenen« Charakter aller bislang neu gegründeten »islamischen Parteien«. Hier wird der Wunsch vieler Muslime, die in ihrem Land auf den Kopf gestellten Verhältnisse gerade zu rücken und gleichzeitig für demokratische Reformen einzutreten, besonders offenkundig. 

Suharto trat ab — das Militär aber putzt weiterhin seine Stiefel

Vorerst nur siegte Pyrrhus in Jakarta

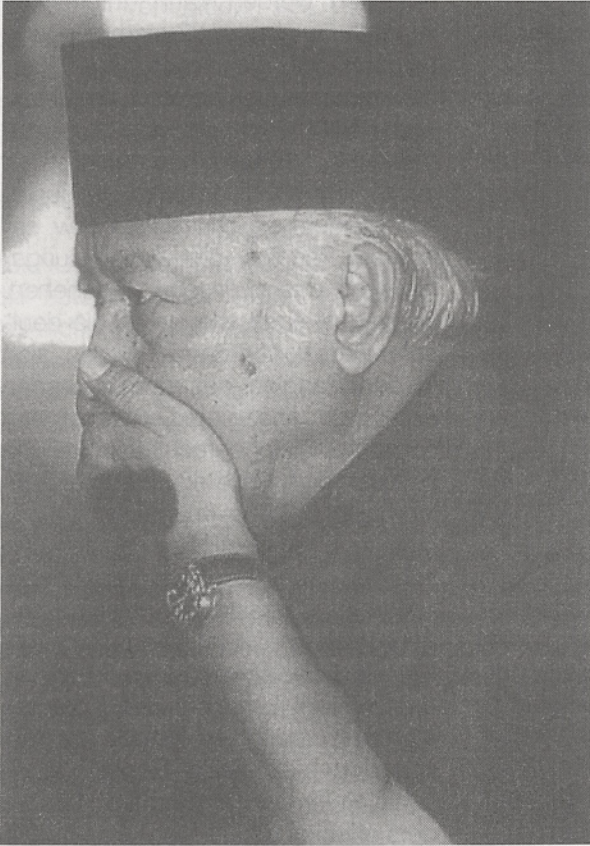
Ausgerechnet ein Darling des Westens hatte noch Mitte Mai (15.-17.5.) im englischen Birmingham die Tagesordnung des G8-Gipfels durcheinandergewirbelt. Präsident Suharto möge sich, so der Appell der Staats- und Regierungschefs

Der Autor ist Geschäftsführer der Stiftung für Kinder (Freiburg i. Br.), die seit über einem Jahrzehnt schwerpunktmäßig in den Südpalippen engagiert ist.

der reichsten Länder, um überfällige — und möglichst unblutige — Reformen bemühen. Hätten sie den Haudogen Suharto nicht selber jahrelang unterstützt, wäre ihnen die selbsteingebrockte Blamage erspart geblieben. In Indonesien schüttete derweil der Ex-General Öl ins Feuer: Hunderte von Toten, panikartige Fluchtbewegungen und Massenevakuierungen von AusländerInnen belasteten zusätzlich die Bilanz des mit 32 Jahren dienstältesten Despoten in Südostasien.

von Rainer Werning

Knapp eine Woche später dann, am 21. Mai, trafen bündelweise Grußbotschaften in der indonesischen Metropole Jakarta ein. Der Empfänger: eben jener Suharto, der seinen Rücktritt erklärt und damit den Weg für seinen Intimus und Vize, Dr. Bacharuddin Jusuf Habibie, freigebracht hatte. »Respekt und Zustimmung« wurden unisono aus Washington, Tokio und Bonn einem Mann gezollt, der jahrelang Terror und Gewalt auf seinem Archipel gesät hatte, von



Suharto

ihnen gleichwohl scharwenzelt oder — wie im Falle Helmut Kohls — gar ausdrücklich als »guter Freund« geschätzt worden war. So wurde nicht nur im nachhinein ein krimineller Täter als einsichtig-honoriger Staatsmann, sondern auch die Kontinuität des Alten für's Business as usual geschätzt. Wenn sich das nicht mal rächt.

»Sie sind wie Heuschrecken. Diese Heuschreckenschwärme wüten bereits in zahlreichen Vierteln Jakartas, und sie rücken immer näher«, ereiferte sich noch am 15. Mai der Vorsitzende der Deutsch-Indonesischen Handelskammer, Fritz Kleinstaub, in einem Interview mit dem Westdeutschen Rundfunk. Mit »Heuschrecken« meinte der Geschäftsmann marodierende Gangs von Plünderern, die sich bedrohlich dem Stadtzentrum näherten. Informationsminister Muhammad Alwi Dahlan sprach unumwunden vom Chaos, in dem die Metropole versinke.

Geschmeidiger Suharto

Suharto wußte gleich dem Dalang im javanischen Puppenspiel

die Geschicke auf und hinter der Bühne zu lenken. Als Magier der Macht verstand er es meisterhaft, potentielle Widersacher auszuschalten und eine ihm geneigte Klientel strategisch zu positionieren — in Führungsetagen von Handel und Industrie ebenso wie in Politik und innerhalb des Militärs. So gedachte er sich auch zu Beginn seiner sich im März selbstverordneten siebten Amtszeit aus der Schlinge zu ziehen. Als Antwort auf die eskalierende ökonomische und politische Krise schien er den Forderungen internationaler Finanziere zu entsprechen, um sie letztlich zu konterkarieren. Insistierten letztere auf das Kappen ambitionierter Großprojekte und staatlicher Subventionen,

aus: Inside Indonesia No. 55

lenkte Suharto zwar ein. Doch nachgeben wollte er nicht.

Politisch geschätzt als Ordnungsfaktor und Garant westlicher Sicherheitsinteressen in Südostasien, wirtschaftlich gehätschelt als Gebieter über den größten und lukrativsten Markt in der Region und als kräftigster unter den sogenannten Tigern der zweiten Generation gelobhudelt, ist jede Schandtat Suhartos als Kavaliersdelikt bagatellisiert worden: Ungestraft wurden nicht nur während des von ihm mitgetragenen Militärputsches 1965 Hunderttausende physisch liquidiert, Zehntausende politische GegnerInnen und KritikerInnen inhaftiert und/oder in die Verbannung geschickt, 1975/76 Ost-Timor widerrechtlich als 27. Provinz einverleibt und UN-Resolutionen zum Abzug der dort stationierten indonesischen Truppen ignoriert.

Mit von der Partei war auch der Bundesnachrichtendienst (BND), der die indonesischen Militärs mit Logistik und Waffen unterstützte. Über die Bundeswehr und den Bundesgrenzschutz gab's für die fernen Freunde — unter dem Vorwand der »Drogenmißbrauchsbekämpfung« — Hilfestellung in Form von Ausbil-

dungskursen für Offiziere an der Bundeswehrakademie Hamburg-Blankenese sowie Spezialtrainings bei der Elitetruppe GSG-9 in Hangelar bei Bonn. Der damalige BND-Chef, Reinhard Gehlen, schrieb nach Suhartos Militärputsch: »Der Erfolg der indonesischen Armee, die (...) die Ausschaltung der gesamten kommunistischen Partei mit Konsequenz und Härte verfolgte, kann nach meiner Überzeugung in seiner Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.« Laut dem Fernsehmagazin Monitor (ARD, Köln, 10.10.96) bildete der BND indonesische Agenten in Deutschland aus. Überdies lieferte man aus Deutschland militärische Elektronik, zum Beispiel über die BND-nahe Firma Telemat. Der BND konnte sogar in der Deutschen Botschaft in Jakarta eine legale Residentur einrichten. Der Zweck dieser BND-intern FB 70 bezeichneten Residentur: enge Zusammenarbeit mit dem Geheimdienst der Suharto-Diktatur.

Aus der Bundesrepublik fand ebenfalls massenhaft militärisches Gerät den Weg nach Indonesien, von Fregatten aus Beständen der früheren Nationalen Volksarmee bis hin zu Maschinenpistolen der Firma Heckler & Koch. Hubschrauber vom Typ BO-105 der Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) werden unter deutscher Lizenz im Lande gefertigt. Der an der Technischen Hochschule Aachen ausgebildete Suharto-Nachfolger Habibie war nach seinem Studium Direktor der Abteilung für angewandte Technologie des Rüstungsproduzenten MBB in München und wurde, 1974 nach Indonesien zurückgerufen, zwei Jahre später zum Minister für Wissenschaft und Technologie ernannt. Seitdem besetzte er sämtliche wichtigen Posten im rüstungsindustriellen Bereich. Unter seiner Ägide fiel schließlich der Rüstungsindustrie eine Schlüsselrolle in der Industrialisierungsstrategie Indonesiens zu.

Den Westen scherte das Gebaren der Militärs nicht im geringsten, er schätzte vielmehr die Geschäfte unter dem Regiment der neuen Machthaber und knauserte nicht mit Investitionen und Krediten, bis das Land eine Auslandsverschuldung von etwa 134 Mrd. US-Dollar anhäufte. Kommunismus-Phobie, martialische Einsätze der Sicher-

heitskräfte und ein Filz aus politischen, wirtschaftlichen und persönlichen Interessen zeichnete den Suharto-Clan aus, unter dem die Korruption ins Kraut schoß und die sechs Kinder des Präsidenten die größten Wirtschaftsimperien übernahmen.

Geschätzt wurde Suharto wegen seiner makroökonomischen Erfolge. Er holte vorwiegend in den USA und der Bundesrepublik geschulte Ökonomen in sein Kabinett, um gegenüber westlichen Kapitalgebern Solidität zu signalisieren. Die

1.000prozentige Inflationsrate wurde auf zweistelliges Niveau gedrückt, verstärkt Investitionen angelockt, die Infrastruktur ausgebaut, das Gesundheits- und Schulwesen reformiert und die hohe Geburtenrate drastisch gesenkt. Als Öllieferant und mächtiges OPEC-Mitglied profitierte das Inselreich lange vom Ölboom. Die Weltbank spendete Lob dafür, daß sich die Lebenserwartung innerhalb von drei Jahrzehnten von 41 auf 63 Jahre erhöht habe und gleichzeitig der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze lebenden IndonesierInnen

(offiziell) von über 40 auf knapp 12 Prozent gesenkt wurde.

Doch Jakartas glitzernde Skyline konnte nie den Blick auf die enorme Kluft zwischen Arm und Reich verstellen. Selbst innerhalb von Betrieben ist ein Verhältnis von 1:100 oder mehr zwischen den niedrigsten und höchsten Lohngruppen keine Seltenheit. Ein Problem stellte selbst vor Aufbrechen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung dar. Bereits im Sommer letzten Jahres wiesen offizielle Statistiken erstere mit 7,5 Prozent und letztere mit zirka 40 Prozent aus. Heute ist etwa die Hälfte aller Arbeitsplätze (rund 37 Mio.) gefährdet. Allein in Jakarta wurden in diesem Frühjahr über vier Millionen Menschen arbeitslos — eine Hiobsbotschaft vor allem für Hochschulabsolventen. Weiteres Kopfzerbrechen bereitet Jakarta die vom gleichsam gebeutelten Nachbarn Malaysia erfolgte Ausweisung mehrerer zehntausend indonesischer GastarbeiterInnen.

Der tiefe Fall der Rupiah ist vor allem durch die im Ausland genährte Skepsis über die Ernsthaftigkeit des Reformwillens im Wirtschafts- und Finanzsektor Jakartas ausgelöst worden. Dem IWF und westeuropäischen Bankiers gingen die in Aussicht gestellten Maßnahmen zur Überwindung der Krise nicht weit genug. Da genügte allein das Gerücht, der IWF gedenke im Verbund mit der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank (Sitz Manila) das für Indonesien geschnürte Hilfspaket von 43 Mrd. US-Dollar zu trimmen, um die Rupiah in den Keller absacken zu lassen. Nebst dem IWF-Spitzenduo Michel Camdessus und Stanley Fischer gab sich auch Weltbankpräsident James D. Wolfensohn mehrfach in der indonesischen Hauptstadt ein Stelldichein.

Im Mittelpunkt ihrer Verhandlungen stand die Frage, wie das Land seinen Verpflichtungen nachkommt, kurzfristig annähernd 60 Prozent seines von Privatbanken und dem Staat angehäuften Auslandsschuldenbergs abzutragen. Jakarta hatte sich im Gegenzug für das vom IWF geschnürte Hilfspaket bereit erklärt, einigen »Empfehlungen« des IWF nachzukommen. Deregulierungen des Banken- und Finanzsektors so-



aus: AW v. 7.8.1998, S. 28

Militär im Einsatz

wie das Kappen politisch-ökonomischer Vergünstigungen und Subventionen für Grundnahrungsmittel wurden zwar als Lösung des Problems gepriesen. Gleichzeitig aber sind sie Teil des Problems, das beide Seiten auch unter der Regentschaft Habibies in einem fatalen Zirkelschluß gefangenhält. »Wenn er (der IWF; R.W.) die Auflagen durchpaukt«, so der Indonesien-Experte der Hongkong and Shanghai Bank, Steve Gibbs, »muß er mit weiteren Unruhen rechnen. Gibt er indes nach, wird ihm der Vorwurf gemacht, er habe in Indonesien westliche Steuergelder verschwendet.«

Die darniederliegende Wirtschaft konfrontiert die Krisenmanager mit folgendem Dilemma: Was die jeweiligen Machtprärogativen betrifft, will sich das Habibie-Regime als regionale Führungsmacht in Südostasien nicht noch mehr international brüskieren und der IWF nicht vorwerfen lassen, nicht mehr Herr der eigenen Gebote zu sein. Widersetzt sich Habibie den IWF-Auflagen oder versucht er letztlich, sie zu umgehen, wird auch ihn das den Hals kosten. Kommt er ihnen nur teilweise nach, wird ihm der »Terror der Ökonomie« ebenfalls zum Verhängnis.

Andererseits gefährdet die Umsetzung aller IWF-Auflagen den sozialen und politischen »Frieden«. Der für Indonesien zuständige IWF-Direktor Dennis de Tray und seine indonesischen Kollegen werden bei ihrer Bestandsaufnahme der ökonomischen Lage weiterhin alle Hände voll zu tun haben, ein Rezept zu finden, das den Archipel wirtschaftlich langsam wieder Tritt fassen läßt. Jedenfalls pochen ausgerechnet dieselben Instanzen, die jahrelang die asiatischen Boomökonomien über den grünen Klee gelobt und kräftig mit Finanzspritzen versehen hatten, heute vehement auf die Installierung eines Frühwarnsystems und die rechtzeitige Vorlage verlässlicher Eckdaten von den betroffenen Krisenländern zwecks stärkerer Marktkontrolle. Die angespannte Lage schürt überdies eine Pogromstimmung gegen die gut sechs Millionen zählende chinesische Minderheit, von denen nicht wenige Hauptnutznießer während der Ära Suharto waren. Etliche chinesische Geschäfte sind bereits geplündert und niedergebrannt worden.

Vorerst ein Suharto-Regime ohne Suharto

Eine ernstzunehmende Opposition ist bereits in den Anfangsjahren der Suharto-Ära physisch liquidiert worden, und heute ist der Widerstand relativ schwach, zersplittert und programmatisch vage. Mit einer aufgewühlten Studentenschaft allein ist noch kein Staat zu machen. Bislang deutet auch noch nichts auf einen innermilitärischen Zwist hin, der die Homogenität der ABRI bedrohte und offen einen grundlegenden Politik- oder gar Systemwechsel befürwortete. Das aber wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine oppositionelle Alternative, in die u. a. Persönlichkeiten wie Amien Rais, die Sukarno-Tochter Megawati, Gefolgsleute um den erkrankten Abdurrahman Wahid von der Nahdlatul Ulama (Wiedererwachen religiöser Gelehrter) und aktive Menschenrechtler und Gewerkschafter einbezogen werden könnte. Rais, Führer der einflußreichen Muhammadiyah-Bewegung, hatte sich bereits im Frühjahr 1997 mit Suharto und Habibie überworfen, als er wegen regimekritischer Äußerungen seines Postens als Vorsitzender des Expertenkuratoriums der Indonesian Association of Muslim Intellectuals (ICMI), einer kontroversen, 1990 von den Behörden zwecks Ko-

optierung kritischer Geister ins Leben gerufenen muslimischen Pressure Group, enthoben wurde.

Herrscher in den Zitadellen der Macht bleiben die Militärs, wenn gleich nicht abzusehen ist, ob bzw. inwiefern sich künftig ABRI-interne Rangeleien Bahn brechen. Befürworten einige ältere Kameraden eine regulierte politische Öffnung des Systems, optieren andere Generäle für den Weg zurück in die Kasernen. Doch einig ist man in dem Bestreben, dem Militär auch künftig sozialpolitische Funktionen und Pfründe zu belassen.

Entscheidend ist nicht, ob alsbald Neuwahlen stattfinden. Bedeutsamer sind die Schaffung von Mechanismen genuin demokratischer Wahlen sowie eine historische Aufarbeitung des Regimes mit der Freilassung aller politischen Gefangenen, Wiederherstellung der Presse- und Versammlungsfreiheit und Zulassung unabhängiger Gewerkschaften als erstem Schritt.

Der Text wurde bearbeitet und gekürzt von Agus Setiawan.



aus: TAPOL No. 148 (Sep. 1998), S. 16

Politische Gefangene im Sipinang-Gefängnis in Jakarta